

## **Staat lässt Landwirte nicht im Stich**

Das Bundeskabinett hat heute die Auswirkungen der Dürre auf die Landwirtschaft als Ereignis von nationalem Ausmaß eingeordnet. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass der Bund finanzielle Hilfen leisten und die Länder bei der Krisenbewältigung unterstützen kann. Dazu erklärt die agrarpolitische Sprecherin der CSU im Bundestag, Marlene Mortler, MdB:

„Der Sozialstaat bietet keine Vollkaskoversicherung, aber er kommt seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nach und lässt die Bäuerinnen und Bauern in dieser prekären Lage nicht allein. Für die derzeit geschätzt rund 10.000 in ihrer Existenz bedrohten Betriebe in Deutschland sind Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln in Höhe von 50 Prozent der dürrebedingten Schäden vorgesehen. Insgesamt stellt die Bundesregierung für bedürftige Betriebe bis zu 170 Millionen Euro zur Verfügung.

Klar ist aber auch: Wir brauchen für die Zukunft ein umfassendes Risikomanagementsystem zur Krisenvorsorge und -bewältigung. Denkbar ist hier unter anderem ein staatlich gefördertes Sparprogramm, mit dem die Landwirte ihre individuellen Einkommensverluste besser und vor allem mehrheitlich durch eigene Mittel abdecken können.“